

STOP CETA TTIP

FÜR EINEN GERECHTEN WELTHANDEL!
SA 17. SEPT. 2016
ZEITGLEICH **7 DEMOS**
IN BERLIN, FRANKFURT/MAIN, HAMBURG,
KÖLN, LEIPZIG, MÜNCHEN UND STUTTGART!

DEMO

Für einen gerechten Welthandel CETA stoppen!

Das geplante Handelsabkommen mit Kanada (CETA) ist ein Angriff auf unsere Demokratie. Es stattet Konzerne mit weitreichenden Rechten aus; ökologische und soziale Standards bleiben dagegen auf der Strecke. Maßgabe des Abkommens ist, alles aus dem Weg zu räumen, was den Handel zwischen der EU und Kanada behindert.

Zeit, sich zu wehren!

Greenpeace fordert

- ▶ Keine Unterzeichnung von CETA
- ▶ Stopp der TTIP-Verhandlungen
Handelsabkommen müssen u. a. folgende Kriterien erfüllen:
- ▶ Einhaltung des Vorsorgeprinzips
- ▶ Bewahrung und Weiterentwicklung der höchsten Umwelt- und Verbraucherstandards
- ▶ Keine regulatorische Kooperation
- ▶ Keine Paralleljustiz durch private Streitschlichtung (ISDS/ICS)

Sie wollen sich engagieren?

- ▶ **Seien Sie am 17. September dabei:**
7 Großdemos gegen CETA & TTIP in Berlin, Frankfurt/Main, Hamburg, Köln, Leipzig, München und Stuttgart.
- ▶ **Machen Sie die bundesweiten Demos bekannt:** Sprechen Sie mit Bekannten, verbreiten Sie den Demo-Aufruf und bringen Sie Ihre Freunde mit zu den Demos!
- ▶ **Machen Sie den CETA-Check:** Fragen Sie bei Ihren EU-Abgeordneten nach und machen Sie mit Ihrem Abgeordneten den CETA-Check: www.greenpeace.de/ceta-check

Mehr Informationen:
🌐 www.greenpeace.de



CETA stoppen!

Umwelt- und Verbraucherrechte schützen!

CETA ist TTIP durch die Hintertür

Das umstrittene Transatlantische Handelsabkommen TTIP zwischen den USA und der EU rief Protestwellen hervor. Das Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada, CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) hingegen, wurde 2009 bis 2014 unter strenger Geheimhaltung und ohne Beteiligung gewählter Parlamente, fast unbemerkt an der Öffentlichkeit vorbei verhandelt.

Ähnlich wie TTIP soll CETA vor allem den Unternehmen nutzen. Umwelt-, Verbraucher- und Sozialschutz bleiben auf der Strecke. Das Vorsorgeprinzip wird ausgehebelt. Noch vor Jahresende 2016 soll CETA auf EU-Ebene unterzeichnet werden.

**Greenpeace fordert:
Keine Unterzeichnung von CETA!**

5 Gründe gegen CETA

1. CETA dient als Türöffner für US-Unternehmen

Die USA, Mexiko und Kanada sind wirtschaftlich eng verbunden durch das Handelsabkommen NAFTA. Mit CETA würden US-Konzerne mit Tochterfirmen in Kanada die Möglichkeit bekommen, europäische Staaten zu verklagen, wenn neue Gesetze ihre Investitionen bedrohen. Über 41.000 in Kanada aktive US-Unternehmen wären sofort nach Vertragsabschluss dazu in der Lage.

Somit hätten US-Unternehmen und Investoren Zugriff auf eine Sondergerichtsbarkeit (Paralleljustiz), noch bevor das aktuell verhandelte TTIP-Abkommen zwischen der EU und den USA verabschiedet ist. Schadenersatzforderungen aus Steuergeldern in Milliardenhöhe wären möglich, ebenso wie ein starker Einfluss auf die Gesetzgebung durch die Androhung von Klagen gegen geplante Gesetze.

2. Udemokratische Standards

In Zukunft soll ein „Forum für die Zusammenarbeit in Regulierungsfragen“ dafür sorgen, dass es einheitliche Standards und Regelungen zwischen der EU und Kanada gibt. Diese sollen den Handel erleichtern. Die Vereinheitlichung soll allerdings geschehen, bevor zuständige Parlamente und Behörden mit dem Thema betraut werden. Das vorgesehene Gremium kann so geplante Gesetzesvorhaben beeinflussen und aufweichen, falls diese zu sogenannten Handelshemmnissen führen könnten. Außerdem kann es neue Gesetze und Standards derart „harmonisieren“, dass sie nicht erst zu Handelshemmnissen werden. Ein derartiges Vorgehen beschneidet die Rechte der Parlamente und bedroht unsere hohen Umwelt- und Verbraucherstandards.

3. Sondergerichte für Konzerne

In CETA ist ein EU-kanadisches Rechts-tribunal (Investment Court System, ICS) vorgesehen, das nur von ausländischen



Gewinnung von Kraftstoff aus Teersand: Das Aus für Wälder im kanadischen Alberta

Investoren in Anspruch genommen werden kann. Mit der Einführung dieses Rechts-tribunals würde eine Paralleljustiz geschaffen, die ausländischen Investoren Rechte gewährt, aber keine Pflichten auferlegt. Die Richter wären nur zeitweise tätig und würden meist pro Fall und nach Aufwand entlohnt. Ihr Interesse, dass es zu solchen Klagefällen kommt, wäre also groß.

4. Das Vorsorgeprinzip wird ausgehöhlt

Durch die Vereinbarung, in CETA gemeinsame Standards zu entwickeln, werden die hohen EU-Standards abgeschwächt. Dadurch gerät das in der EU fest verankerte Vorsorgeprinzip unter Druck. Es hat zum Ziel, Schäden für Umwelt und Menschen im Voraus zu vermeiden, indem es dafür sorgt, dass zum Beispiel Medikamente oder Lebensmittel, deren Sicherheit nicht einwandfrei belegt ist, nicht verkauft werden dürfen.

In Nordamerika und Kanada wird dagegen das Risikoprinzip angewandt: In vielen Bereichen ist es dort einfach, Produkte auf den Markt zu bringen, dafür drohen hohe Schadenersatzklagen, wenn Schäden

entstehen. Das Vorsorgeprinzip wird im Text zwar erwähnt, seine Durchsetzbarkeit ist aber nicht gegeben. Menschen und Umwelt werden so in unnötige Gefahr gebracht.

5. Gentechnik, Hormonfleisch, Fracking und Teersande

Die Kanadier haben großes Interesse daran, gentechnisch veränderte Lebensmittel und Fleisch von Tieren, die mit Hormonen behandelt worden sind, auf den europäischen Markt zu bekommen. In Kanada findet kaum eine Risikobewertung statt, wohingegen die Zulassungsverfahren in der EU in Bezug auf Anbau, Kennzeichnungspflicht und Gesetzgebung viel strenger sind. Der Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen ist für Kanada von großer Bedeutung. 11 Millionen Hektar werden damit bestellt. Damit hat Kanada weltweit die fünfgrößte Anbaufläche.

Kanada will Produkte aus Öl und Gas exportieren, die klima- und umweltschädlich erzeugt wurden. Zur deren Gewinnung nutzt Kanada Techniken wie das umstrittene Fracking-Verfahren oder klimaschädliches Öl aus Teersänden.